

Deutscher
Gewerkschaftsbund

DGB

DGB-
WAHLCHECK
zur Europawahl 2024

**GUTE
ARBEIT?
BESSER MIT
EURØPA.**

GUTE ARBEIT? BESSER MIT EUROPA.



1. TRANSFORMATION



2. PRODUKTION



3. REGIONEN



4. GUTE ARBEIT



5. MITBESTIMMUNG



6. ARBEITSMOBILITÄT

Im Juni entscheiden über **400 Millionen Wähler*innen in 27 Mitgliedsstaaten** der Europäischen Union über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. An den Wahlen entscheiden die Menschen darüber, ob wir die Herausforderungen der Zukunft gut bewältigen können. Denn die Gestaltung des Klimawandels, die Entwicklung von zukunftsfähigen Jobs in einer erfolgreichen industriellen Produktion und einer innovativen Forschungslandschaft brauchen engagierte Parlamentarier*innen. In den vergangenen Jahren haben der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, die Covid-19-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine Europa nicht nur in eine Sicherheits-, Gesundheits- und Wirtschaftskrise, sondern auch in eine Energiekrise gesteuert.

In dieser wirtschaftlich und gesellschaftlich herausfordernden Situation muss Europa zusammenhalten, Einigkeit beweisen und adäquate Antworten finden. Für die deutschen Gewerkschaften steht ein verantwortlicher Umgang mit den Krisenfolgen an erster Stelle – angefangen beim Erhalt von Arbeitsplätzen über die Sicherung unserer Sozialsysteme und die gerechte Finanzierung und Verteilung der Krisenkosten bis hin zum ökologischen Umbau.

Deshalb fordern wir jetzt und für die Zeit nach der Europawahl:

- ▶ eine bedarfsgerechte Finanzierung der Transformation,
- ▶ die Absicherung der Produktion in einer globalen Wirtschaft,
- ▶ angemessene Investitionen zur Stärkung der Regionen,
- ▶ die Sicherung von guten Arbeitsbedingungen, angemessenen Sozialsystemen und einer hohen Tarifbindung,
- ▶ die Stärkung von Mitbestimmungsrechten und
- ▶ faire Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitende Beschäftigte.

In diesem DGB-Wahlcheck vergleichen wir die wichtigsten Aussagen aus den Europa-Wahlprogrammen von Union, SPD, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und BSW zu sechs Schwerpunktthemen: Transformation, Produktion, Regionen, Gute Arbeit, Mitbestimmung und Arbeitsmobilität.

Mit der Wahl zum 10. Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 werden die politischen Weichen für die nächsten fünf Jahre gestellt. Wir wollen mehr Gute Arbeit in Europa.

1. INVESTIEREN IN DIE TRANSFORMATION

Der Handlungsdruck ist enorm – die EU hat sich zur Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet. Gleichzeitig gefährden hohe Energiekosten und eine Investitionslücke bei privaten wie öffentlichen Investitionen Standorte und Beschäftigung in Europa. Der

DGB fordert eine europäische Transformationspolitik, die mit strategischen Investitionen die Transformation lenkt, Gute Arbeit gestaltet, für eine faire Kostenverteilung sorgt und einen klaren Rahmen für eine nachhaltige Modernisierung setzt.

Die Linke

Die Linke streitet für eine aktive Industriepolitik.

Um die notwendigen Investitionen nicht zu behindern, will die Linke den während der Pandemie geschaffenen Spielraum für staatliche Unternehmenshilfen verstetigen und Beihilfeverfahren beschleunigen.

Wichtige staatliche Investitionen sollen nicht mehr europäischen Sparvorgaben unterliegen und EU-Förderprogramme in einer einheitlichen Transformationsstrategie vereinfacht werden.

Staatliche Subventionen und Investitionshilfen sollen an soziale Bedingungen für Gute Arbeit geknüpft werden, darunter Tariftreue, Ausbildungsquoten und Standortgarantien.

Öffentliche Aufträge will die Linke nach sozialen, arbeitsrechtlichen und ökologischen Kriterien vergeben.

SPD

Die SPD befürwortet eine koordinierte europäische und solidarische Investitionspolitik zur Umsetzung einer sozial gerechten Transformation, die Klimaneutralität fördert.

Ab 2028 sollen hierfür die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu einem Instrument der Transformation erweitert werden.

Sie tritt für die Reform des europäischen Beihilferechts ein, um bürokratische Hemmnisse abzubauen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Hierbei wird die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien gefordert.

Ferner soll durch die Aufnahme einer verpflichtenden Tariftreueklausel die Konzessions- und Vergaberichtlinie modifiziert werden.

Nicht zuletzt soll auch die Nutzung von EU-Mitteln an

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Die Grünen fordern eine aktive und kohärente Wirtschafts- und Industriepolitik im Wettbewerb um die Produktionsstandorte für Zukunftstechnologien.

Um mehr Investitionen zu ermöglichen, wollen die Grünen die restriktiven EU-Schuldenregeln lockern und fordern einen neuen Rahmen für staatliche Beihilfe bei grünen Zukunftstechnologien.

Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden.

Die Auszahlung von EU-Geldern sollen stärker an die Einhaltung von Sozialstandards und geltende Tarife gekoppelt werden.

Große Investitionsvorhaben wie das europäische Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz sollen nach dem Vorbild von Next Generation EU gemeinsam finanziert werden.

Freie
Demokraten
FDP

Bürokratieabbau, mehr Wettbewerb, bessere Bedingungen für private Investitionen und Emissionshandel sollen die doppelte Transformation gelingen lassen.

Im Wahlprogramm der FDP sticht vor allem das Drängen auf den Bürokratieabbau heraus. Die FDP fordert die Einführung des „1 in, 2 out“-Prinzips. Die Bürokratiekosten sollen transparent gemacht werden, Regelungen, die insbesondere KMU belasten, sollen geändert oder abgeschafft werden.

Darüber hinaus sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren im Ausbau von Infrastruktur und Erneuerbaren Energien beschleunigt werden.

Zur Förderung von Forschung und Innovation soll „Horizon Europe“ weiterentwickelt, „InvestEU“ durch Mitelumschichtung gestärkt und ein Zukunftsfonds Europa für die Vergabe

CDU

Am Ziel der Klimaneutralität bis 2050 hält die Union fest. Emissionshandel, Ausbau der Erneuerbaren Energien und Kreislaufwirtschaft sollen dabei helfen, auch der soziale Ausgleich soll mitbedacht werden.

Das Vergaberecht soll dahingehend überarbeitet werden, dass Aufträge unkomplizierter vergeben werden können.

Ferner fordern sie eine Vereinfachung des Planungsrecht und die Abschaffung des Verbandsklagerecht, um Planungen durch ausufernde Beteiligungen nicht zu verzögern. Ihr Ziel ist darüber hinaus eine Überprüfung aller geltenden, für Infrastrukturprojekte maßgeblichen Umweltrichtlinien.

Die Union ist gegen die gemeinsame Schuldenaufnahme. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll konsequent verfolgt werden.

Bündnis
Sahra
Wagenknecht

Das BSW plädiert insbesondere für eine Reform des EU-Beihilferechts, eine stärkere Förderung ländereübergreifender Kooperationen im Bereich Innovation sowie für die Einführung einer goldenen Investitionsregel zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Förderung von Zukunftstechnologien.

Dabei lehnen sie neue Eigenmittel der EU ausdrücklich ab und fordern eine grundlegende Reform des Vergaberechts für kommunale Aufträge. Insgesamt setzt sich das BSW dafür ein, den politischen Einfluss der EU-Kommission in Haushaltsfragen einzuschränken.

Eine gemeinsame wirtschaftspolitische Koordination in Form des aktuellen Europäischen Semesters wird grundlegend abgelehnt.

Außerdem wird eine einheitliche europäische

Die Linke besteht auf sozialgerechter Finanzierung der Transformation. Neben einer Finanztransaktionssteuer und Gesamtbesteuerung von Konzernen auf EU-Ebene, will sie die Besteuerung hoher Vermögen und Erbschaften sowie eine dauerhafte Mindestbesteuerung von Übergewinnen durchsetzen.

soziale Kriterien wie gute Arbeit und Tarifbindung gekoppelt werden.

Die SPD fordert realistische und verbindliche Regeln zum Schuldenabbau. Starre Vorgaben zur Kreditaufnahme für die Mitgliedstaaten werden abgelehnt.

Um die Einnahmeseite zu stärken fordern sie eine europäische Koordinierung und Regelung in der Unternehmensbesteuerung und die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer.

Das EU-Vergaberecht soll sich an sozialen und nachhaltigen Kriterien ausrichten.

Zur Finanzierung der Transformation möchten die Grünen hohe Vermögen sowie Unternehmensgewinne stärker besteuern und den Klimasozialfonds stärken. Die Grünen fordern auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

von Wagniskapital zur Förderung von Start-ups geschaffen werden.

Die FDP will das europäische Beihilferecht verschlanken. Es soll keine weiteren schuldenfinanzierten Konjunkturprogramme geben, der Schuldenabbau steht im Vordergrund.

Die weltweiten Finanzmärkte will die Union strikt regulieren, sie sollen eine dienende Rolle für die Realwirtschaft einnehmen. Ansonsten tritt die Union für eine Deregulierung der Wirtschaft und weniger Auflagen für Unternehmen ein. Die Taxonomie und der Green Deal sind hinsichtlich des internationalen Wettbewerbs auf ihre Praxis-tauglichkeit zu prüfen.

Unternehmensbesteuerung gefordert, um Steuersenkungswettbewerb zu verhindern und den Mittelstand zu schützen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Förderung eines Mindeststeuersatzes auf Unternehmensgewinne sind ebenfalls zentrale Anliegen der Partei.

Berichtspflichten für Unternehmen über nachhaltiges Wirtschaften werden als zusätzliche Bürokratie abgelehnt, da sie die Produktivität verringern.

2. PRODUKTION ABSICHERN

Globale Krisen, von der Corona-Pandemie bis zur Energiekrise, haben die Abhängigkeiten Deutschlands und Europas – und damit auch ihre Schwachpunkte – deutlich gemacht: Gestörte globale Lieferketten führten zum Ausbleiben von Vorprodukten

und resultierten hierzulande in Produktionsrückgängen. Der DGB fordert eine Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik und eine nachhaltige europäische Energiepolitik.

Die Linke

Die EU soll bis 2024 klimaneutral werden, der Anteil der Erneuerbaren Energien am Verbrauch soll bis 2030 auf 50 Prozent steigen. Bis 2035 soll die Elektrizitätserzeugung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bestehen. Ist der Einsatz von Ökostrom nicht möglich, soll Wasserstoff fossile Energieträger ersetzen.

Am Auf- und Ausbau soll sich die öffentliche Hand stark beteiligen und sich darüber große Teile der Energieproduktion zurückholen. Mit Energieversorgung aus öffentlicher Hand werden bezahlbare und sozial gestaffelte Preise möglich.

Die Linke fordert die sozial-ökologische Rohstoffwende. Das kann nur gelingen, wenn mehr genutzte Ressourcen wieder in die Produktion eingespeist werden und so eine Kreislaufwirtschaft entsteht.

SPD

Im Vordergrund der SPD steht die Sicherung der Energieversorgung.

Verlässliche, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung soll mit einer strukturellen Reform des EU-Strommarktdesigns einhergehen und in eine europäische Energieunion münden.

Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien fordert sie Investitionen in bereits vorhandene und grenzüberschreitende Infrastrukturen (Wasserstoffpipelines und Stromleitungen). Der Aufbau eines europäischen Marktes für grünen Wasserstoff ist voranzutreiben.

Über die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft sowie der Diversifizierung von Rohstoffen, zielt die SPD auf die Modernisierung der gesamten Wertschöpfungskette in Europa und fordert europaweite einheitliche Regelungen und eine gemeinsame Infrastruktur.



Die Energiesicherheit Europas ist den Grünen wichtig.

Sie wollen den Ausbau Erneuerbarer Energien weiter vorantreiben, denn diese schaffen eine wettbewerbsfähige und unabhängige EU. Überall dort, wo fossile Energien nicht durch Elektrizität ersetzt werden können, sehen sie grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft. Daher wollen die Grünen die Europäische Wasserstoffstrategie weiterentwickeln und Europa zur Vorreiterin machen.

Daneben sollen strategische Partnerschaften die Energieversorgung diversifizieren.

Diversifizierung ist für die Grünen auch der Schlüssel für eine sichere Rohstoffversorgung der europäischen Wirtschaft. Die Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzelnen Drittland sollen 65 Prozent des EU-Bedarfs nicht übersteigen, um starke Abhängigkeiten zu

Freie Demokraten
FDP

Die FDP sieht in der Diversifizierung von Lieferketten den Weg zu einer unabhängigen Produktion und sicheren Energieversorgung in Europa.

Dies gilt insbesondere bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen, Produkten und Technologien. Hier sollen Abhängigkeiten von autokratischen und diktatorischen Staaten möglichst reduziert werden. Damit richtet die FDP den Freihandel stärker an geostrategischen Gesichtspunkten aus, sie will den transatlantischen Wirtschaftsraum priorisieren.

Grundsätzlich soll ein fairer, regelbasierter und verantwortungsbewusster Handel durch eine reformierte Welthandelsorganisation erreicht werden.

Um kritische Infrastrukturen zu schützen, möchte die FDP die EU-Investitionskontrolle für ausländische Direktinvestitionen verschärfen.

CDU

Wichtig ist der Union eine wehrtechnische Industriestrategie, um Schlüsselindustrien für die Sicherheit Europas in Europa zu halten.

Durch die Diversifizierung der Lieferketten mit verlässlichen Partnern soll Energie sicher und bezahlbar sowie die Abhängigkeiten bei Schlüsseltechnologien und kritischen Rohstoffen abgebaut werden.

Zudem fordert die Union den Auf- und Ausbau der europäischen grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur.

Besonders wichtig: der zügige Hochlauf der europäischen Produktion von Transportinfrastruktur für Wasserstoff. Außerdem soll die Energie-, Klima-, Material- und Kernforschung intensiviert werden.

Die Union fordert eine Neuausrichtung der EU-Handelspolitik, die fortan keine aus Sicht der Union sachfremden Themen mehr

Bündnis Sahra Wagenknecht

Das BSW spricht sich gegen energiepolitische Sanktionen aus. Hingegen befürworten sie die Wiederaufnahme der Öl- und Gaslieferungen aus Russland sowie den Abschluss langfristiger Energieverträge mit Russland.

Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Notwendigkeit gelegt, die Beziehungen zu Russland zu überdenken und mögliche langfristige Kooperationen in Betracht zu ziehen. Diese Maßnahmen sollen zur Senkung der Energiekosten und zur Herstellung von Energiesicherheit beitragen.

Ferner soll eine Reform der EU-Handelspolitik dazu beitragen, europäische Hersteller aufgrund von Billigkonkurrenz nicht zu benachteiligen. In diesem Zuge wird eine Neuorientierung der Handelspolitik angestrebt, die mit einer Warnung vor zu starken Handelsbeziehungen mit den USA einhergeht und gleichzeitig die Bedeutung Chinas betont.

In der Handelspolitik spricht sich die Linke gegen die aktuelle Freihandelspolitik aus und will stattdessen faire Kooperationsabkommen verhandeln, die die UN-Nachhaltigkeitsziele zum Maßstab haben.

Ferner tritt die Linke für ein effektives EU-Lieferkettengesetz ein, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Sozial- und Umweltstandards in Drittstaaten zu gewährleisten.

Die SPD setzt auf die Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik hin zu fairen Bedingungen und die Berücksichtigung von Klima- und Menschenrechtszielen in Handelsabkommen.

Ein starkes europäisches Lieferkettengesetz soll den Kampf gegen Klimawandel und gegen Ausbeutung unterstützen.

vermeiden. Wo möglich, sollen Substitute, wiederholte Nutzung und heimischer Bergbau sowie europäische Weiterverarbeitungskapazitäten die EU unabhängiger machen.

Über die europäische Produktion hinaus, setzen sich die Grünen für die europäische Lieferketten-Richtlinie ein, damit Sozial- und Umweltdumping weltweit zurückgedrängt werden.

Außerdem kämpft die FDP gegen regulatorische und bürokratische Hürden bei Zukunftstechnologien wie Wasserstoff oder KI.

Die FDP lehnt das EU-Lieferkettengesetz ab.

beinhalten soll sowie eine Weiterentwicklung der Welt handelsorganisation. Insbesondere sollen Freihandelsabkommen mit den USA und den Staaten Südamerikas abgeschlossen werden.

Das EU-Lieferkettengesetz in seiner jetzigen Form lehnt die Union ab.



3. IN STARKE REGIONEN INVESTIEREN

Gezielte Investitionen in die Regionen schaffen Arbeitsplätze, nachhaltiges Wachstum, eine moderne Infrastruktur und bieten den Beschäftigten Perspektiven im Struk-

turwandel. Der DGB fordert eine europäische Strukturpolitik, die stärker an der Transformation ausgerichtet ist und die Sozialpartner bei der Mittelvergabe eng einbindet.

Die Linke

Die Linke will starke regionale Wirtschaftskreisläufe etablieren, um Regionen wirtschaftlich zu stärken und eine ökologischere Produktion durch kürzere Lieferketten zu erreichen.

Die Kontrolle und Gestaltung des wirtschaftlichen Umbaus sollen regionale Wirtschafts- und Transformationsräte bestehend aus Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden übernehmen. Zur Verwirklichung sollen die EU-Strukturfonds besser ausgestattet, der Just Transition Fund über Kohleregionen hinaus ausgeweitet und ein Kommunalisierungsfonds zur Stärkung öffentlicher Trägerschaft eingerichtet werden.

Überdies will die Linke EU-Fördermittel von der Mitfinanzierung durch Kommunen entkoppeln, um wirtschaftlich schwächere Regionen besser unterstützen zu können.

SPD

Die SPD setzt sich für eine starke und unbürokratische Regional- und Strukturpolitik ein, welche die Kriterien für Gute Arbeit noch stärker verankert.

Ab 2028 möchte die SPD die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu einem echten Transformationsinstrument erweitern, das einen sozial gerechten Wandel sicherstellt und zugleich Innovation fördert. Dies erfordert eine tragfähige Mittelausstattung für die Regionalpolitik und den Europäischen Strukturfonds.

Die Mittelvergabe soll an Tarifbindung, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung gekoppelt werden.

Die Rolle der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft soll bei der Entscheidung der Finanzierung von Investitionen in den Regionen gestärkt werden.



Die Grünen fordern eine effiziente und klare Förderpolitik. Strukturschwache Regionen sollen in den Mittelpunkt rücken, gerade Kohleregionen sollen im Umstieg auf erneuerbare Energien besonders unterstützt werden.

Für vom Strukturwandel betroffene Beschäftigte wollen die Grünen gleichwertige Anschlussbeschäftigung schaffen.

Besonderes Augenmerk legen die Grünen auf KMU. Zu deren Entlastung sollen bürokratische Hürden bei Förderprogrammen abgebaut werden.



Die europäische Struktur- und Kohäsionspolitik wird im FDP-Programm nicht direkt angesprochen.



Die Union steht für eine Kohäsionspolitik, die eine gleichmäßige Entwicklung aller europäischen Regionen fördert und strukturschwache Gebiete sowie Transformationsregionen unterstützt. Die ländliche Entwicklung soll Schwerpunkt der EU-Strukturpolitik bleiben.

Für die nächste Förderperiode in der Struktur- und Kohäsionspolitik, möchte die CDU die weitere Unterstützung der ostdeutschen Länder, strukturschwacher Gebiete sowie von Transformationsregionen in ganz Deutschland sicherstellen.

Ferner tritt die Union für eine verstärkte regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein. Außerdem soll die Zusammenarbeit zwischen innovativen Regionen und Regionen im Transformationsprozess gestärkt werden.



Das BSW lehnt Investitionen durch die EU-Struktur- und Regionalfonds in wirtschaftlich starke Regionen ab, da sie regionale, wirtschaftliche und soziale Unterschiede nicht reduzieren. Gefordert wird eine neue Ausrichtung der Struktur- und Regionalförderung der EU sowie mehr Eigenverantwortung auf nationaler Ebene.

Der Transfer weiterer Gelder nach Brüssel wird abgelehnt. Insgesamt wird eine Abkehr von einer stark zentralisierten EU-Förderpolitik zugunsten einer stärkeren nationalen Eigenverantwortung und Flexibilität gefordert.

4. GUTE ARBEIT IN EUROPA FÖRDERN

Wenn Unternehmen sich frei in Europa bewegen, sich in verschiedenen Staaten niederlassen und ihre Produktion verlagern, wirkt sich das auf die Beschäftigten aus. Schließlich sind die Unterschiede in den Sozial-, Bildungs- und Lohnsystemen in

den EU-Staaten groß. Um einen Wettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards zu verhindern, fordert der DGB die Einführung europäischer Mindeststandards für die sozialen Sicherungssysteme.

Die Linke

Die Linke fordert den grundsätzlichen Vorrang von sozialen Grundrechten vor den Binnenmarktfreiheiten und setzt sich für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen ein.

Mindestlöhne sollen sich europaweit am realen Bedarf zum Leben orientieren. Auch sollen Tarifverträge gestärkt werden, indem Tariftreue als Voraussetzung öffentlicher Aufträge im EU-Vergaberecht verankert wird.

Die Linke fordert eine EU-Richtlinie zum Schutz vor Stress und körperlicher Überlastung.

Ein europäisches Mindesteinkommen soll das soziokulturelle Existenzminimum sichern, wenn keine ausreichenden finanziellen Mittel verfügbar sind. Dieses Mindesteinkommen muss in allen Lebenslagen sicher gegen Armut schützen.

SPD

Die SPD fordert die Einfügung eines sozialen Fortschrittsprotokolls in die EU-Verträge, um das soziale Europa zu stärken und mit den ökonomischen Grundfreiheiten in ein Gleichgewicht zu bringen.

Ziel der SPD ist es, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit der EU-Bürger*innen zu verbessern. Dazu gehören eine bessere nationale Tarifbindung und eine verpflichtende Tariftreueklausel.

Die SPD fordert eine EU-Richtlinie zum Schutz vor psychischen Belastungen am Arbeitsplatz und strebt die Schließung des Gender Gaps in der Pflege und Betreuung an.

Eine EU-Rahmenrichtlinie für Mindeststandards in den nationalen Grundversicherungssystemen soll ein soziales Sicherheitsnetz über alle EU-Mitgliedstaaten spannen.



Die Grünen fordern gute Arbeitsbedingungen, sichere Jobs, anständige Löhne und Weiterbildungsangebote.

Die EU-Mindestlohnrichtlinie soll konsequent umgesetzt werden. Arbeitnehmer*innen müssen besser gegen psychische Belastungen geschützt werden.

Gleiches gilt im digitalen Raum. Hier sollen Arbeitnehmer*innen starke Rechte haben. Die Grünen fordern insbesondere ein Ende der Scheinselbständigkeit.

Damit sich Arbeitnehmer*innen auch in den schwersten wirtschaftlichen Krisen auf die soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung verlassen können, möchten die Grünen eine EU-Arbeitslosenrückversicherung einführen, die einspringt, falls die nationale Arbeitslosenversicherung nicht zahlen kann.

Freie Demokraten
FDP

Die FDP will faire Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter*innen, empfindet jedoch die neusten EU-Regelungen als Angriff auf die Selbständigkeit und fordert eine Korrektur der EU-Plattformrichtlinie.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch den Ausbau erschwinglicher Kinderbetreuung und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten verbessert werden. Dazu fordert sie die Flexibilisierung der EU-Arbeitszeitrichtlinie ein.

CDU

Die Union will arbeitsrechtliche und soziale Schutzstandards für alle Beschäftigten und tritt für eine Erhöhung der Tarifbindung ein. Auch in der Plattformarbeit sollen Arbeitnehmerschutzstandards gelten.

Familie und Beruf sollen besser miteinander vereinbar sein, um insbesondere Frauen die Arbeit in Vollzeit zu ermöglichen.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Das BSW fordert eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen, die den Vorrang sozialer Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten festschreibt.

Sie betonen die Verteidigung von Tarifverträgen und ortsüblichen Löhnen gegenüber Billigkonkurrenz in allen EU-Ländern. Die Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie bis Ende 2024 wird gefordert.

Darüber hinaus fordert die Linke einen automatischen Mechanismus zur sozialen Sicherung. Wenn Löhne und Einkommen, Beschäftigung und Sozialausgaben unter einen Grenzwert fallen, müssen entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Eine europäische Arbeitslosenrückversicherung soll die sozialen Sicherungssysteme in wirtschaftlichen Krisen erhalten.

Um die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Beschäftigung, Bezahlung und sozialer Sicherung zu schließen, fordert die SPD eine EU-Richtlinie zu Antidiskriminierung bei Löhnen.

Die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme muss zu einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickelt werden.

Der Gender Pay Gap muss geschlossen werden, unter anderem durch eine Aufwertung von Sorge- und Care-Berufen.



5. MITENTSCHEIDEN IN INTERNATIONALEN UNTERNEHMEN

Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen auf betrieblicher und Unternehmensebene spielt eine maßgebliche Rolle, wenn es um die aktive Mitgestaltung eines sozial gerechten Übergangs zu einer klimaneutralen und ressourceneffizienten Wirtschaft geht. In

Deutschland und in vielen weiteren EU-Ländern stellt sie ein zentrales Element der sozialen Marktwirtschaft dar. Der DGB setzt sich auf europäischer Ebene für den Schutz und den Ausbau von Mitbestimmungsrechten in der europäischen Gesetzgebung ein.

Die Linke

Die Verbesserung der Mitbestimmung von Beschäftigten in den Unternehmen ist für die Linke von maßgeblicher Bedeutung.

Nicht nur in Fragen der Arbeitsbedingungen, sondern auch über Investitions- und Produktionsentscheidungen sollen Beschäftigte mitbestimmen.

Dafür möchte die Linke Europäische Betriebsräte stärken und Mitbestimmungsflucht besser verhindern.

Ferner fordert sie die volle Geltung des deutschen Mitbestimmungsrechts für ausländische und europäische Unternehmensformen in Deutschland.

Dem Streikrecht wird eine hohe Bedeutung zugewiesen.

SPD

Die SPD will Demokratie am Arbeitsplatz stärken. Dazu fordert sie eine EU-Rahmenrichtlinie für einheitliche Mitbestimmungsregeln und eine Reform des europäischen Gesellschaftsrechts.

Die Europäischen Betriebsräte sollen durch leichteren Zugang zu Gerichten gestärkt werden. Die Definition grenzüberschreitender Angelegenheiten und angemessener Sanktionen soll erweitert werden.

Zudem setzt sich die SPD für den Ausbau des europäischen Sozialen Dialogs ein. Abkommen der Sozialpartner müssen verbindlich umgesetzt werden.

Nicht zuletzt verweist die SPD auf das Streikrecht als Teil eines starken Binnenmarktes.



Die Grünen wollen eine starke Sozialpartnerschaft.

Sie fordern die Einführung einer EU-Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer*innen, um die Mitbestimmung EU-weit zu stärken.

Bei der Umwandlung von Unternehmen in eine europäische Aktiengesellschaft darf es nicht zur Mitbestimmungsflucht kommen.

Außerdem setzen sich die Grünen für die Stärkung Europäischer Betriebsräte ein.

Freie Demokraten
FDP

Mitbestimmung wird im Europawahlprogramm der FDP weder direkt noch indirekt angesprochen.

CDU

Mitbestimmung wird im Europawahlprogramm der Union weder direkt noch indirekt angesprochen.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Mitbestimmung wird im Europawahlprogramm des BSW weder direkt noch indirekt angesprochen.



6. GUTE ARBEIT ÜBER GRENZEN HINWEG

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit bilden die Grundpfeiler des europäischen Arbeitsmarktes. Leider sind insbesondere Beschäftigte, die über Grenzen hinweg arbeiten, noch viel zu wenig vor Ausbeutung geschützt. Zudem bestehen weiterhin Hürden bei der Mitnahme und der grenzüberschreitenden

Anerkennung von Sozialleistungen und Rentenansprüchen. Der DGB fordert eine Stärkung der Rechte von grenzüberschreitend Beschäftigten, damit dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ einschließlich eines umfassenden Sozialversicherungsschutzes endlich zur Geltung verholfen wird.

Die Linke

Die Linke fordert mehr Rechte für mobile Beschäftigte.

Eine umfassende Reform der EU-Entsenderichtlinie soll die Arbeitsbedingungen in der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung verbessern.

Sie fordert vollen Sozialversicherungsschutz in jedem Arbeitsverhältnis, Mindeststandards für Vermittlungsagenturen, menschenwürdige Unterkünfte, den Ausbau von Arbeitsschutzkontrollen und die dauerhafte Finanzierung von Beratungsstellen für mobile Beschäftigte.

SPD

Die SPD setzt sich für verstärkte Kontrollen und eine bessere Koordinierung auf nationaler und europäischer Ebene ein.

Eine einheitliche europäische Sozialversicherungsnummer soll vor Ausbeutung und Diskriminierung mobiler Beschäftigter schützen und den Sozialschutz stärken.

Die SPD will eine Reform der Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme, um Missbrauch zu bekämpfen und Mindeststandards für die Unterbringung von mobilen Beschäftigten einzuführen.

Darüber hinaus befürwortet sie eine bessere EU-Fachkräfteeinwanderung sowie mehr Zugangswege für Beschäftigte aus Drittstaaten, einschließlich einer zügigen Harmonisierung der nationalen Zugangsmöglichkeiten und legaler Zugangswege für geflüchtete Menschen.



Die Grünen kämpfen gegen grenzüberschreitende Ausbeutung: regelmäßige Arbeitsinspektionen sollen Lohn- und Sozialdumping verhindern. Arbeitgeber*innen müssen für angemessene Unterbringung rechtlich verpflichtet werden.

Ein Europäischer Sozialversicherungsausweis soll den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden sicherstellen. Darüber hinaus soll der EU-Talentpool ausgebaut werden.

Die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung von Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus soll mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen gefördert werden.

Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für mobile Beschäftigte müssen langfristig und verlässlich finanziert werden.

Der Zugang von Auszubildenden im Erasmus+ Programm soll gestärkt werden.

Freie Demokraten
FDP

Die FDP möchte bei der Arbeitskräftemobilität Hürden abbauen und Prozesse vereinfachen.

Kurze berufliche Reisen und Entsendungen von Arbeitnehmer*innen sollen nicht mehr der Meldepflicht gegenüber dem jeweiligen Land unterliegen. Ferner soll kein Nachweis der Sozialversicherungszugehörigkeit mehr erbracht werden müssen. Beide Pflichten sollen allgemein auf schutzwürdige Sachverhalte begrenzt werden.

Die FDP setzt sich darüber hinaus für die vereinfachte und beschleunigte Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen ein und will den Zugang zu Erasmus+ für Auszubildende verbessern.

CDU

Die Union fordert faire Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitende Beschäftigte.

Noch bestehende Hürden bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit sollen beseitigt werden. Daneben will die Union die sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Regulierungen zur Entsendung vereinfachen.

Es sollen Kriterien zur Vergleichbarkeit von Bildungs- und Berufsabschlüssen entwickelt sowie Anerkennungsverfahren für die berufliche Bildung vereinfacht werden.

Überdies sollen die Beratungs- und Förderangebote der Austauschprogramme für Auszubildende erweitert und Erasmus+ finanziell aufgestockt werden.

Die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften soll unter anderem durch digitalisierte Verfahren vereinfacht werden.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Das BSW betont die Bedeutung internationaler Partnerschaften für die Qualifizierung und Ausbildung von Menschen aus ärmeren Ländern, vorausgesetzt sie haben bereits einen Arbeitsvertrag und eine sichere finanzielle Perspektive. Gleichzeitig kritisieren sie Anwerbeprogramme der EU, die vorrangig gut ausgebildete Fachkräfte aus dem globalen Süden adressieren. Sie fordern eine Behebung des Fachkräftemangels in der EU durch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten und angemessene Löhne.

Eine Überarbeitung der Entsenderichtlinie soll gerechte Lohnzahlungen und gleiche Arbeitsbedingungen sicherstellen.

Wenn Ihnen die AfD in unserem Wahlcheck fehlt ...

... dann liegt das daran, dass die AfD gegen die gewerkschaftlichen Werte von Demokratie, Gleichberechtigung, Weltoffenheit und Toleranz in Deutschland, Europa und der Welt steht. Für uns ist die AfD eine rechtsextreme Partei, die gegen zentrale Werte der Verfassung steht.

Zwar behauptet die AfD, eine Partei der „kleinen Leute“ zu sein, gar eine „Arbeiterpartei“. Doch sie vertritt in vielen Politikbereichen nicht die Interessen der Beschäftigten – oder hat schlicht keine Konzepte und Lösungen für sie.

Gute Löhne, sichere Arbeit, bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und Sicherheit im Alter – das sind zentrale Eckpfeiler für ein sicheres und planbares Leben. Ein finanziell gut aufgestellter Sozialstaat und Gewerkschaften, die die Interessen der Beschäftigten durchsetzen, sind dafür Voraussetzung. Von der AfD haben Beschäftigte jedoch in allen Bereichen nichts zu erwarten.

Im Gegenteil: Die Politik der selbsternannten „Alternative“ weist bei fast allen diesen Punkten Leerstellen auf. Ob Lohnsteigerungen, Tarifbindung, soziale Sicherheit oder Arbeitnehmer*innenrechte – die AfD bietet keine Lösungen an. **Im Gegenteil, sie vertritt in arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Belangen eine neoliberale Politik.** Die Folge: Weniger Fairness auf dem Arbeitsmarkt und weniger soziale Absicherung für Beschäftigte.

Der DGB nennt daher die AfD nicht in einem Atemzug mit demokratischen Parteien, weil wir ihre völkisch-autoritären Positionen und ihre im Kern demokratiefeindlichen Strategien und Handlungen nicht verharmlosen wollen. **Mit demokratischer Normalität hat das Wahlprogramm der AfD nichts zu tun.**

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gefährden den sozialen Zusammenhalt. Sie sind eine ernsthafte Be-

drohung unseres demokratischen und sozialen Gemeinwesens in Deutschland und Europa. Dagegen beziehen wir Position.

Denn für Demokrat*innen gilt: Nicht wegschauen, sondern handeln und sich einmischen!

IMPRESSUM

V.i.S.d.P DGB Bundesvorstand

Yasmin Fahimi · Keithstraße 1 · 10787 Berlin

April 2024



**GUTE
ARBEIT?
BESSER MIT
EURØPA.**